

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Lotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzig älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beiziehung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 10

Sonntag, den 17. Januar 1932

50. Jahrgang

Opposition fordert Rücktritt der Regierung Ovationen für die Breslauer Gefangenen — Urlaub des Richters Leszczyński

Warschau. Die gestrige Sejmigung ist gegen Ende zu einem Vorstoß der Opposition gegen die Regierung benutzt worden. Während der Verhandlungen herrschte eine große Spannung. Vor Beginn der Sitzung wurde den Abgeordneten Lieberman und Dubois, als sie den Plenarsaal betreten, die größte Ovation zuteil, die Opposition stand von den Plätzen auf, begrüßte die Breslauer Angeklagten mit begeisterten Zurufen. Ferner wurden seitens der Klubs dem beurlaubten Witos ein Glückwunschtelegramm geschickt.

Gegen Ende der Sitzung brachte die Opposition einen gemeinsamen Antrag ein, der sich mit dem Breslauer Prozeß beschäftigt, gegen die Regierung scharfe Anklagen erhebt und ihren Rücktritt fordert. Die Opposition betont ferner, daß sie jegliche Verantwortung für die heutige Lage Polens ablehnt.

In Kreisen des Regierungslagers herrscht über den Vorstoß der Opposition große Erregung, daß um so mehr, als einer der Richter aus dem Breslauer Prozeß, Leszczyński einen Urlaub vom Amt erbeten hat, nachdem er schon bei der Urteilsbegründung, sich für Freisprechung der Angeklagten ausgesprochen hatte.

Es handelt sich bei der Opposition nur um einen Demonstrationsantrag, dem nach Lage der Dinge eine weitere Bedeutung nicht zukommt. Das Regierungslager hat im Sejm die erforderliche Mehrheit und wird natürlich den Witos' Antrag ablehnen.

Monarchistische Strömungen in der Regierungspartei

Warschau. Im Verfassungsausschuß des Sejm fand am Donnerstag eine lebhafte Aussprache über den letzten Vortrag des führenden Mitgliedes des Regierungsblochs, Vize-Sejmarschall Car, über die Wahl des Staatspräsidenten statt. Nach dem Verfassungsentwurf des Regierungsblochs werden zwei Kandidaten zur Volkswahl vorgeschlagen. Den einen Kandidaten schlägt der zurücktretende Staatspräsident und den anderen die Nationalversammlung vor. Beachtenswert waren die Ausführungen des Abg. des Regierungsblochs, Mackiewicz aus Wilna, der entschieden den Standpunkt vertrat, daß für Polen, das ja einen so großen Hundstich nichtpolnischer Bevölkerung und so viele politische Lager aufweise, die entschieden beste Staatsform die Monarchie sei. In etwas zurückhaltender Form wurde Mackiewicz vom Fürsten Radziwiłł, dem Führer der Konservativen, innerhalb des Regierungsblochs, unterstützt, der nachzuweisen versuchte, daß es in Polen mehr Anhänger der Monarchie gebe, als man annehme. Die Aussprache hat deutlich bewiesen, daß in dieser wichtigen Verfassungsfrage die Meinungen innerhalb des Regierungsblochs stark auseinandergehen.

Was die Woche brachte

Das Urteil im Brecher Prozeß, das mit so großer Spannung erwartet wurde, ist nun gefällt, und hat in weiten Kreisen ziemlich die Enttäuschung hervorgerufen. Nach dem starken Eindruck der Verteidigungsreden wurde allgemein ein milderer Strafausmaß erwartet. Vor allem rechnete man auch mit mehr Freisprüchen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gerade wegen des Widerhalls, den die Ausführungen der Verteidiger fanden, das Gericht sich zu einem schärferen Urteil genötigt sah. Da die Berufungsteilten Berufung eingelegt haben, besteht noch die Hoffnung, daß die höhere Instanz die Strenge mildern wird.

Mit größerer Ruhe als dieses Urteil, dessen Veröffentlichung in der Presse eine große Zahl von Konfessionen nach sich zog, dürften von der Dezentlichkeit die Debatten in den Warschauer Sejmkommissionen aufgenommen werden. Vor einigen Tagen hatten sich Gerüchte über Verhandlungen des Lemberger Wojewoden mit Vertretern der ukrainischen Bevölkerung verbreitet. Man sprach von weitgehenden Zugeständnissen, die die Regierung zu machen bereit sei, und begie in gewissen polnischen Kreisen bereits Befürchtungen, daß in dieser Richtung vielleicht zu weit gegangen werde. Besonders Aufsehen erregte das Interview des griechisch-katholischen Bischofs Chomyszyn, das am ersten Weihnachts-tage alten Stils (7. Januar) in der Lemberger „Gazeta Poranna“ veröffentlicht wurde. Der Bischof erwies sich besonders vor einem Jahre als Anhänger einer Verständigung zwischen Polen und Ukrainern und erließ damals einen Hirtenbrief, der diesem Zwecke dienen sollte. Er hoffte, die polnische Presse würde die Erörterung über eine Verständigung aufnehmen, erlebte aber eine Enttäuschung, denn „in unserem politischen Klima keimt so ein Samenfort leider nicht so schnell“. Trotzdem in diesem Interview von Verhandlungen nicht die Rede ist, glaubte man doch annehmen zu können, daß die Regierung einen Vorstoß in dieser Richtung gemacht habe und über die Köpfe der Politiker hinweg eine Verständigung mit der ukrainischen Minderheit suche. Vizeminister Stamirowski hat nun in der Budgetkommission des Sejms die Erklärung abgegeben, daß bei der Konferenz in Lemberg der Wojewode lediglich den Zweck verfolgte, sich mit den Bedingungen der Arbeit auf dem Gebiete der Wojewodschaft bekanntzumachen. Es besteht also einwachen keine Aussicht auf eine energische Wenderung des Kurzes, wie man sie unter dem vermeintlichen Druck Englands auf Außenminister Jaleski für wahrscheinlich hielt.

Nichts Ueberraschendes brachte auch die Debatte über das Exposé des Außenministers in der Senatskommission. Die Ausführungen aller Redner zeigten, daß wir von der tatsächlichen und moralischen Abrüstung, über die man sonst gerne spricht, noch weit entfernt sind. Die Redner beschäftigten sich ausführlich mit dem Verhältnis zum Deutschen Reich, in dem der Erbfeind Polens gesehen wird, vor dem man sich ausreichend schützen müsse. Senator Korianin betonte, daß in Fragen der Außenpolitik alle Parteien geschlossen hinter der Regierung stünden, um sie so in der Vertretung der Interessen des Landes zu stärken. Aus der Debatte geht jedenfalls hervor, welche Stellungnahme man in den großen internationalen Fragen von der polnischen Regierung erwartet.

Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, reicht sich die Debatte in der Außenkommission des Senats in den großen Klärungsprozeß ein, der sich jetzt in Europa vollzieht. Vor den bevorstehenden Konferenzen kann es nicht schaden, wenn die Stellung der einzelnen Teilnehmer im voraus bekannt ist. Es kann dadurch manche Krise in den Verhandlungen vermieden werden. In diesem Sinne ist auch die Erklärung des Reichszanclers Brüning zu bewerten, in der er feststellte, daß Deutschland die politischen Zahlungen nicht mehr fortsetzen könne und daß jeder Versuch, das Entkommen dieser Leistungen ausrecht zu erhalten, für Deutschland und die Welt zum Unheil führen müsse. In Frankreich haben diese Worte eine ganze Flut von Protokollen und Drohungen hervorgerufen, obwohl seit dem Baseler Gutachten über die deutsche Zahlungsfähigkeit keine Zweifel mehr bestehen können. Man hätte sich eigentlich in Frankreich auch sagen müssen, daß Deutschland zum mindesten doch das Recht habe, von der Konferenz in Lausanne das zu erwarten, was radikale französische Zeitungen, wie die „Depeche de Toulouse“, die eine völlige Streichung der Reparationen als Mittel zur Weltveränderung forderten, ihm freiwillig zugestehen wollen. Der Sturm in Paris wird hoffentlich wieder abflauen, um so mehr, als der englische Premier Macdonald durch eine rasch erfolgte Aeußerung über die Worte Dr. Brünings sich als von jeglicher Nervosität frei gezeigt hat. Im übrigen sind auch in Frankreich die Meinungen über die Reparationen geteilt. Der Mann der Straße, der Geschäftsmann und der Finanzier urteilen anders als die Politiker. Es läßt sich hier dieselbe Erscheinung beobachten wie in England, wo die Ansichten des Auswärtigen Amtes und der Geschäftswelt der City weit auseinander gehen. Die Reise der Wirtschaft, die am Rückgang der Umsätze und an den steigenden finanziellen Schwierigkeiten die Folgen der Tribute und Kriegsschulden ziffermäßig feststellen können, sind für die Streichung, zum mindesten aber für praktisch durchführbare Dauerlösungen, mit einem Wort: für

Englands Stellung zur Reparationsfrage

Keine Sonderabmachung mit Frankreich — Verständigung aller Gläubiger mit dem Schuldner

London. Aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, daß England den Plan eines Sonderabkommens oder einer Sonderverständigung mit Frankreich vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz endgültig aufgegeben hat. Es wird betont, daß während der Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Finanzfachverständigen in Paris

England keine Verpflichtungen eingegangen ist und auch in Zukunft keine Sonderabmachungen eingehen werde.

Die englische Politik lege vielmehr Gewicht auf eine allgemeine Verständigung zwischen den europäischen hauptsächlichsten Gläubigermärkten und dem Schuldnerstaat Deutschland über die großen Linien der in Lausanne einzuschlagenden Politik.

Die englischen Bestrebungen gehen dahin, auf der Lausanner Konferenz

eine Verlängerung des Tributmoratoriums um etwa 5 bis 6 Monate zu bewirken,

und es wird Wert darauf gelegt, daß die Mächte sich schon in Lausanne darauf festlegen, die Erörterung eines Planes

zur endgültigen Regelung des Schuldenproblems in Angriff zu nehmen.

Möglicherweise wird die englische Regierung von sich aus diesbezügliche allgemeine Richtlinien bekannt geben, die als Ausgangspunkt der Verhandlungen dienen könnten. Nach kurzer Sitzung soll dann die Konferenz — dem englischen Wünsche nach — bis zu einem Zeitpunkt vertagt werden, der so frühzeitig liegt, daß Amerika rechtzeitig in die Lage versetzt werden kann, die europäische Lage noch einmal vor dem 15. Dezember nachzuprüfen, an dem die nächsten interalliierten Schuldentzahlungen an Washington fällig werden.

Ueber die Einzelheiten, worunter z. B. besondere Zusagen an Deutschland oder Pläne über die Art des Heranziehens an Amerika fallen, sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Man verkennt englischerseits nicht,

daß möglicherweise mit einem Widerstand Frankreichs zu rechnen ist, insbesondere gegen etwaige Versprechungen einer endgültigen Lösung.

Deutscherseits würde man bei einer etwaigen Annahme des englischen Planes Wert darauf zu legen haben, ganz bestimmte Garantien zu erhalten, daß die Verhandlungen über eine endgültige Lösung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt noch in diesem Jahre aufgenommen werden, daß die Rückwirkungen der Krise auf Deutschland gebührend berücksichtigt und die vom deutschen Kanzler gemachten Erklärungen nicht außer acht gelassen werden.

Außenminister Ghika über seinen Besuch in Polen

Bukarest. Außenminister Ghika, gab über die Ergebnisse seiner Warschauer Reise längere Erklärungen ab. Wesentlich war nur die Feststellung, daß die Abrüstung erst nach Klärung der Sicherheitsfrage möglich sei. Ghika deutete an, daß Polen in absehbarer Zeit Wiederungen im Zolltarif eintreten lassen wolle.

Zu den Rigauer Verhandlungen stellte er fest, daß Rußland die klaren rumänischen Vorschläge mit moskowitzischen, nicht der Erörterung fähigen Gegenanschlägen beantwortet habe, um freie Hand in der balkanischen Frage zu behalten. Ein offener Abbruch der Verhandlungen dürfte vermieden werden.

Telegrammwechsel Brüning — Briand

Berlin. Reichszancler Dr. Brüning richtete nach einer Meldung Berliner Mäcker aus Paris am Freitag an den aus dem Amt geschiedenen französischen Außenminister Briand ein Telegramm, in dem er ihm die besten Wünsche für seine Genesung ausspricht. Briand hat in einem Antworttelegramm seinen Dank für die Wünsche ausgesprochen.



Generaldirektor Dr. Curtius

Dr. Julius Curtius, der frühere Reichsaußenminister, ist jetzt vom Aufsichtsrat der „Wabag“, der Nachfolgerin der Fürstlich-Pfälzischen Verwaltung in Waldenburg zum Generaldirektor der Gesellschaft gewählt worden.

